VIII. Nachtrag zum Strassengesetz

Erlassen am 4. Juni 2025

Der Kantonsrat des Kantons St.Gallen

hat von der Botschaft der Regierung vom 29. Oktober 2024¹ Kenntnis genommen und erlässt:

I.

Der Erlass «Strassengesetz vom 12. Juni 1988»² wird wie folgt geändert:

Ingress.

Der Grosse Rat des Kantons St.Gallen

hat von der Botschaft des Regierungsrates vom 28. Mai 1986³ Kenntnis genommen und erlässt

in Ausführung von Art. 17 der Kantonsverfassung vom 16. November 1890⁴,

in Vollzug des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen vom 8. März 1960⁵ und, des Bundesgesetzes über Fuss- und Wanderwege vom 4. Oktober 1985⁶ **und des Bundesgesetzes über Velowege vom 18. März 2022⁷**

als Gesetz:⁸

Art. 2 Strassen und Wege

¹ Strassen dienen dem allgemeinen Verkehr.

² Wege liegen abseits von öffentlichen Strassen und dienen ~~nicht dem Motorfahrzeugverkehr.~~ **insbesondere dem Langsamverkehr. Sie stehen dem allgemeinen Motorfahrzeugverkehr nicht offen.**

¹ ABI 2024-00.177.851.

² sGS 732.1.

³ ABI 1986, 1585 und 1706.

⁴ Aufgehoben, nGS 25-61 (sGS 111.1).

⁵ SR 725.11.

⁶ SR 704.

⁷ **SR 705.**

⁸ Abgekürzt StrG. nGS 23–81. Vom Grossen Rat erlassen am 30. September 1987; in der Volksabstimmung angenommen worden und rechtsgültig geworden am 12. Juni 1988; vom Bundesrat soweit erforderlich genehmigt am 5. September 1988; in Vollzug ab 1. Januar 1989.

Art. 9 c) Wegklassen

¹ Wege erster und zweiter Klasse werden unterhalten.

² Wege dritter Klasse erfordern keinen Unterhalt. **Vorbehalten bleibt der Unterhalt der Fuss-, Wander- und Velowege nach Art. 54 Abs. 1 Bst. a^{bis} dieses Erlasses.**

³ Es werden sachgemäss angewendet auf:

- a) Wege erster Klasse die Vorschriften dieses Gesetzes über Gemeindestrassen erster Klasse;
- b) Wege zweiter und dritter Klasse die Vorschriften dieses Gesetzes über Gemeindestrassen dritter Klasse.

Art. 10 d) Fuss-, Wander- und ~~Radwege~~ **Velowegnetze**

¹ Die politische Gemeinde legt nach Anhören der zuständigen Stelle des Kantons und der interessierten privaten Fachorganisationen Fuss-, Wander- und ~~Radwegnetze~~ **Velowegnetze** im Strassenplan fest.

² ~~Das zuständige Departement bezeichnet nach Anhören der politischen Gemeinden und der interessierten privaten Fachorganisationen in einem besonderen Plan Fuss-, Wander- und Radwege von kantonaler oder regionaler Bedeutung.~~

³ **Bei der Festlegung der Fuss-, Wander- und Velowegnetze werden die bundesrechtlichen Grundsätze⁹ für deren Planung, Anlage und Erhaltung angewendet.**

⁴ **Velowegnetze in Form von Mountainbike-Routen werden in der Regel auf Wegen festgelegt, die auch anderen Arten des Langsamverkehrs dienen. Sie können getrennt festgelegt werden, wenn sich eine gemeinsame Nutzung der Wege nicht eignet und es die örtlichen Verhältnisse zulassen.**

Art. 10^{bis} (neu) ~~d^{bis}~~ Fuss-, Wander- und Velowegnetze von kantonaler Bedeutung

¹ **Das zuständige Departement legt nach Anhören der gebietsmässig betroffenen politischen Gemeinden und der interessierten privaten Fachorganisationen in einem Plan die Fuss-, Wander- und Velowegnetze von kantonaler Bedeutung fest.**

² **Die Regierung bestimmt durch Verordnung die Kriterien für die Festlegung der Fuss-, Wander- und Velowegnetze von kantonaler Bedeutung und die Planungsinstrumente für deren Änderung.**

Art. 17 Gemeingebrauch

¹ Strassen stehen im Rahmen ihrer Zweckbestimmung dem Gemeingebrauch offen.

² Sie sind schonend und unter Rücksichtnahme auf **Verkehrsteilnehmerinnen und** Verkehrsteilnehmer und Umgebung zu benutzen.

⁹ Art. 2 ff. des Bundesgesetzes über Fuss- und Wanderwege vom 4. Oktober 1985, SR 704, und Art. 2 ff. des Bundesgesetzes über Velowege vom 18. März 2022, SR 705.

Art. 18 *Beeinträchtigungen*
a) *übermässige Beanspruchung*

¹ Wer Strassen übermässig beansprucht, hat den Schaden zu beheben oder Entschädigung zu leisten.

² Schäden sind im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde und **der oder** dem Unterhaltspflichtigen zu beheben.

Art. 19 *b) Verschmutzung*

¹ Wer Strassen übermässig verschmutzt, hat sie unverzüglich zu reinigen.

² Kommt **die Verursacherin oder** der Verursacher dieser Pflicht trotz Aufforderung nicht nach, so wird die Reinigung auf **ihre oder** seine Kosten vorgenommen.

Art. 20 *Beschränkungen des Gemeingebrauchs*

¹ Der Gemeingebrauch kann beschränkt werden, wenn insbesondere folgende Gründe es gebieten:

- a) Strassenzustand;
- b) örtliche Verhältnisse;
- c) Sicherheit und Ordnung;
- d) Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs;
- e) Schutz von **Verkehrsteilnehmerinnen und** Verkehrsteilnehmern;
- f) Durchführung von Veranstaltungen;
- g) Umweltschutz;
- h) Schutz von Orts- und Quartierzentren sowie Wohngebieten;
- i) Ortsbild- und Heimatschutz;
- j) Natur- und Landschaftsschutz;

² Die politische Gemeinde kann das kurzfristige Abstellen von Fahrzeugen der Gebührenpflicht unterstellen.

Art. 27 *Eigentum **der oder** des Berechtigten*

¹ Bewilligte oder konzessionierte Bauten und Anlagen sind Eigentum **der oder** des Berechtigten.

Art. 28 *Pflichten **der oder** des Berechtigten*

¹ ~~Der~~**Die oder der** Berechtigte trägt die Kosten, die durch **ihre oder** seine Bauten und Anlagen entstehen.

² ~~Er~~**Sie oder er** hat insbesondere:

- a) **ihre oder** seine Bauten und Anlagen auf eigene Kosten zu unterhalten und bei Änderungen der Strasse den neuen Verhältnissen anzupassen;
- b) Mehrkosten des Strassenbaus oder -unterhalts zu tragen, die wegen **ihrer oder** seiner Bauten und Anlagen entstehen;
- c) im Interesse der Verkehrssicherheit nötige Vorkehren, wie Abschränkungen, Signalisation und Beleuchtung, zu treffen.

Art. 29 *Nutzungsabgabe*
a) *Grundsatz*

¹ Für gesteigerten Gemeingebrauch und Sondernutzung kann eine Abgabe verlangt werden.

² Sie bemisst sich insbesondere nach:

- a) Nutzungsintensität;
- b) Nutzungsdauer;
- c) wirtschaftlichem Nutzen für **die Berechtigten oder** den Berechtigten.

³ Der Schutz von **Anwohnerinnen und** Anwohnern und von gleichermassen Betroffenen vor umweltbelastenden Immissionen kann als weiteres Bemessungskriterium berücksichtigt werden.

Art. 32 *Voraussetzungen*

¹ Strassen werden gebaut, wenn eine der folgenden Voraussetzungen es erfordert:

- a) Zweckbestimmung;
- b) Verkehrssicherheit;
- c) Verkehrsaufkommen;
- d) Schutz der schwächeren **Verkehrsteilnehmerinnen und** Verkehrsteilnehmer, insbesondere von **Fussgängerinnen und** Fussgängern, ~~Radfahrern~~ **Velofahrerinnen und Velofahrern** ~~und Behinderten~~ **sowie Menschen mit Behinderung;**
- e) Interessen des öffentlichen Verkehrs;
- f) Umweltschutz.

Art. 33 *Grundsätze*

¹ Beim Strassenbau sind besonders zu beachten:

- a) Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt;
- b) Verkehrssicherheit;
- c) Schutz der schwächeren **Verkehrsteilnehmerinnen und** Verkehrsteilnehmer, insbesondere von **Fussgängerinnen und** Fussgängern, ~~Radfahrern~~ **Velofahrerinnen und Velofahrern** ~~und Behinderten~~ **sowie Menschen mit Behinderung;**
- d) Ortsbild- und Heimatschutz;
- e) Natur- und Landschaftsschutz;
- f) die anerkannten Grundsätze eines umwelt- und siedlungsgerechten Strassenbaus;
- g) sparsamer Verbrauch des Bodens.

Art. 40 *Projekt*

¹ Das Projekt enthält insbesondere:

- a) Situationsplan;
- b) Landbedarf für dauernde und vorübergehende Beanspruchung des Bodens;
- c) allfällige Baulinien;
- d) Einteilung von Gemeindestrassen-;
- e) **Kennzeichnung der Fuss-, Wander- und Velowege.**

Art. 41 Auflage

¹ Das Projekt wird in der politischen Gemeinde unter Eröffnung einer Einsprachefrist von dreissig Tagen öffentlich aufgelegt. Die öffentliche Auflage wird amtlich bekannt gemacht. Die amtliche Bekanntmachung erfolgt auch im kantonalen Amtsblatt.

² Wird kein Kostenverlegungsverfahren durchgeführt, so kann bei kleinen und unbedeutenden Projekten auf die öffentliche Auflage verzichtet werden, insbesondere bei:

- a) land- und forstwirtschaftlichen Maschinen- und Rückewegen;
- b) Entwässerungsanlagen;
- c) Leitplanken und Leitzäune;
- d) Beleuchtung;
- e) Geh- und ~~Radwegen~~**Velowegen** entlang öffentlicher Strasse;
- f) Buchten für Haltestellen des öffentlichen Verkehrs.

Art. 49 b) Schätzungsverfahren

¹ Können sich die Beteiligten über die Entschädigung oder andere Begehren des Enteignungsverfahrens nicht einigen, so kann **bei der Präsidentin oder** beim Präsidenten der Schätzungs-kommission für Enteignungen¹⁰ die Durchführung des Schätzungsverfahrens¹¹ verlangt werden.

² ~~Der~~**Die Präsidentin oder der** Präsident eröffnet den Beteiligten eine Frist zur Einreichung der Begehren.

³ Einsprache gegen die Zulässigkeit der Enteignung ist ausgeschlossen.

Art. 50 Baubeginn

¹ Mit dem Strassenbau kann begonnen werden, wenn:

- a) das Projekt rechtskräftig ist;
- b) die Abtretung privater Rechte geregelt ist oder **diejenige oder** derjenige, **die oder** der private Rechte abtreten muss, dem Baubeginn schriftlich zugestimmt hat;
- c) die Beitragspflichtigen mit persönlicher Anzeige vom Beitragsplan in Kenntnis gesetzt sind;
- d) über beantragte Kantonsbeiträge verfügt ist oder die Bewilligung zum vorzeitigen Bau vorliegt.

Art. 53 Kanton

¹ Der Kanton unterhält die Kantonsstrassen.

² Er sorgt für die Signalisation von ~~Fuss-,~~ Wander- und ~~Radwegen~~**Velowegen** von kantonalen ~~und regionaler~~ Bedeutung. Er kann sie privaten Fachorganisationen übertragen.

³ Der Kanton kann mit dem Bund und anderen Kantonen Vereinbarungen abschliessen über Übernahme und Übertragung des Unterhalts von National- und Kantonsstrassen auf dem Gebiet des Kantons St.Gallen und von Nachbarkantonen.

¹⁰ Siehe Art. 2 ff. EntG, sGS 735.1.

¹¹ Siehe Art. 34 EntG, sGS 735.1.

Art. 54 *Politische Gemeinde*

¹ Die politische Gemeinde besorgt:

- a) den Unterhalt der Gemeindestrassen erster und zweiter Klasse;
- a^{bis}) **den Unterhalt der Fuss-, Wander- und Velowege, soweit keine anderweitige Unterhaltspflicht besteht;**
- b) Reinigung und Winterdienst der Geh- und Radwege **Velowege** entlang den Kantonsstrassen.

² Sie kann den Unterhalt von Gemeindestrassen dritter Klasse ganz oder teilweise selbst besorgen.

Art. 55 **Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer**

a) *Grundsatz*

¹ Die anstossenden **Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer** unterhalten die Gemeindestrassen dritter Klasse, wenn diese nicht von der politischen Gemeinde, einer anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaft oder Dritten unterhalten werden.

² Die Unterhaltspflicht der **Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer** wird als öffentlich-rechtliche Grundlast im Grundbuch angemerkt.¹²

Art. 56 *b) Perimeter*

¹ Für den Unterhalt von Gemeindestrassen dritter Klasse wird ein Perimeter errichtet oder geändert, wenn:

- a) der zweckmässige Unterhalt es erfordert;
- b) die Belastung einzelner **Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer** in einem Missverhältnis zu ihren Sondervorteilen steht.

² Wird ein Grundstück geteilt, so wird die Perimeterlast nach den Grundsätzen des Perimeters durch Verfügung der zuständigen Gemeindebehörde auf die von der Teilung betroffenen Grundstücke verlegt.

Art. 62 **Anstösserinnen und Anstösser**

a) *Grundsatz*

¹ **Anstösserinnen und Anstösser** haben keine besonderen Rechte an Strassen, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

Art. 66 *e) Schadenersatz*

¹ Entsteht durch Beanspruchung des Grundeigentums, Beschränkung oder Aufhebung von Zufahrten und Zugängen Schaden, so wird er behoben oder Entschädigung geleistet. Ausgenommen sind verkehrspolizeiliche Anordnungen.

¹² Vom Bundesrat am 5. September 1988 genehmigt; siehe Art. 784 Abs. 1 und Art. 962 Abs. 1 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907, SR 210.

² Können sich die Beteiligten über die Entschädigung nicht einigen, so kann **bei der Präsidentin oder** beim Präsidenten der Schätzungskommission für Enteignungen¹³ die Durchführung des Schätzungsverfahrens¹⁴ verlangt werden.

³ Die Vorschriften über die Enteignung¹⁵ werden sachgemäss angewendet.

Art. 67 f) Einfriedungen

¹ Einfriedungen an Strassen bleiben in der Regel den **Anstösserinnen und** Anstössern überlassen. Vorbehalten sind die strassenpolizeilichen Vorschriften.

Art. 69 b) Ausnahmen

¹ Die politische Gemeinde leistet dem Kanton Beiträge von 35 Prozent der Baukosten für Geh- und ~~Radwege~~**Velowege** entlang den Kantonsstrassen.

² Sie trägt die Unterhaltskosten für:

- a) Reinigung und Winterdienst der Geh- und ~~Radwege~~**Velowege** entlang den Kantonsstrassen;
- b) Betrieb der Beleuchtung an Kantonsstrassen zweiter Klasse innerhalb der Bauzonen.

Art. 72 Gemeindestrassen

~~a) erster und zweiter Klasse~~ **politische Gemeinde als Kostenträgerin**

¹ **Soweit keine Beiträge zur Verfügung stehen, trägt die** Die politische Gemeinde trägt die Kosten für Bau und Unterhalt ~~der Gemeindestrassen erster und zweiter Klasse, soweit keine Beiträge zur Verfügung stehen:~~

- a) **der Gemeindestrassen erster und zweiter Klasse;**
- b) **der Fuss-, Wander- und Velowege, soweit diese Funktion besondere Kosten verursacht.**

² Die **Grundeigentümerinnen und** Grundeigentümer leisten an die Baukosten folgende Beiträge:

- a) Gemeindestrassen erster Klasse bis 50 Prozent, in sachgemässer Anwendung von Art. 71 dieses Gesetzes bis 100 Prozent;
- b) Gemeindestrassen zweiter Klasse bis 100 Prozent.

Art. 73 ~~b) dritter Klasse~~ **Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer als Kostenträgerinnen und Kostenträger**

¹ Die **Grundeigentümerinnen und** Grundeigentümer tragen die Kosten für Bau und Unterhalt der Gemeindestrassen dritter Klasse, soweit keine Beiträge zur Verfügung stehen.

² Die politische Gemeinde leistet Beiträge an die Unterhaltskosten. Sie werden bemessen nach:

- a) Bedeutung der Strasse;
- b) Belastung der Unterhaltungspflichtigen;
- c) öffentlichem Interesse.

¹³ Siehe Art. 2 ff. EntG, sGS 735.1.

¹⁴ Siehe Art. 34 EntG, sGS 735.1.

¹⁵ Siehe EntG, sGS 735.1.

³ Besorgt die politische Gemeinde den Unterhalt selbst, so kann sie auf Leistungen der **Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer** verzichten.

Art. 74 c) Gemeingebrauch

¹ Die politische Gemeinde leistet Beiträge an Bau und Unterhalt der Gemeindestrassen, soweit den **Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern** durch den Gemeingebrauch verursachte Kosten entstehen.

*Art. 75 Ersatz für Fuss-~~und~~ Wanderwege, **Wander- und Velowege***

¹ Ist für Fuss-~~und~~ Wanderwege, **Wander- und Velowege** angemessener Ersatz zu schaffen¹⁶, so trägt die Kosten, in wessen Interesse die Aufhebung erfolgt.

² Liegt die Aufhebung im öffentlichen Interesse, so werden Kantonsbeiträge nach diesem Gesetz geleistet.

Art. 76 Verkehrsknoten und Verkehrstrennungsanlagen

¹ Baukosten neuer Verkehrsknoten werden **von der Verursacherin oder** vom Verursacher getragen.

² Nach Interessenlage werden aufgeteilt:

- a) Bau- und Unterhaltskosten bestehender Verkehrsknoten;
- b) Baukosten von Verkehrstrennungsanlagen.

Art. 78 Beitragspflicht

¹ **Eigentümerinnen und** Eigentümer von Grundstücken, denen ein Sondervorteil entsteht, sind beitragspflichtig.

² Beiträge können von Dritten erhoben werden, soweit diesen ein Sondervorteil entsteht.

Art. 79 Beitragsplan

¹ Die zuständige Gemeindebehörde erstellt den Beitragsplan.

² Dieser enthält:

- a) Kostenvoranschlag;
- b) beitragspflichtige Grundstücke;
- c) Anteile der **Grundeigentümerinnen und** Grundeigentümer;
- d) Anteil der politischen Gemeinde;
- e) Anteile Dritter.

³ Die zuständige Gemeindebehörde kann für die Kostenverlegung eine Schätzungskommission einsetzen.

¹⁶ Siehe Art. 7 des BG über Fuss- und Wanderwege vom 4. Oktober 1985, SR 704, und **Art. 9 des Bundesgesetzes über Velowege vom 18. März 2022, SR 705.**

Art. 85 *Nachträgliche Baubeiträge*

a) ~~Grundsätze~~ **Grundsatz**

¹ **Grundeigentümerinnen und** Grundeigentümer können nachträglich zu Baubeiträgen verpflichtet werden, wenn ihnen innert fünfzehn Jahren nach dem Bau der Strasse ein Sondervorteil entsteht.

Art. 87 *Kantonsbeiträge*

a) *Grundsatz*

¹ Der Kanton leistet den politischen Gemeinden pauschale Beiträge für:

- a) die Unterhaltskosten des Betriebs der Beleuchtung an Kantonsstrassen zweiter Klasse innerhalb der Bauzonen;
- b) Reinigung und Winterdienst der Geh- und ~~Radwege~~ **Velowege** entlang den Kantonsstrassen;
- c) die Entsorgung des Meteorwassers von Kantonsstrassen zweiter Klasse innerhalb der Bauzonen;
- d) die allgemeinen Auswirkungen des Strassenverkehrs innerhalb der Bauzonen.

² Die Höhe der Kantonsbeiträge liegt zwischen acht und zwölf Prozent des Gesamtertrags der Strassenverkehrssteuern.

³ Der Kantonsrat beschliesst über die Höhe mit dem Strassenbauprogramm.

Art. 88 *b) Berechnung*

¹ Für die Berechnung der Beiträge sind massgebend:

- a) die Länge der Kantonsstrassen innerhalb der Bauzonen;
- b) die Länge der Geh- und ~~Radwege~~ **Velowegen** entlang den Kantonsstrassen.

² Die Regierung erlässt durch Verordnung ergänzende Vorschriften über die Berechnung der Beiträge und die Kontrolle.

Art. 95 *b) Fuss-, Wander- und ~~Radwege~~ Velowegen*

¹ Der Kanton leistet den politischen Gemeinden werkgebundene Beiträge an die Baukosten von Fuss-, Wander- und ~~Radwegen~~ **Velowegen** von kantonaler ~~und regionaler~~ Bedeutung.

Art. 96 *c) Naturereignisse*

¹ Der Kanton kann den politischen Gemeinden ausserordentliche Beiträge leisten, wenn:

- a) Strassen durch Naturereignisse beschädigt oder gefährdet werden;
- b) das Vorhaben einem dringenden Bedürfnis entspricht;
- c) die Kosten für **Grundeigentümerinnen und** Grundeigentümer und politische Gemeinde nicht tragbar sind.

Art. 97 *d) Höhe*

¹ Die werkgebundenen Beiträge, ~~einschliesslich allfälliger Bundesbeiträge, betragen:~~ **werden anhand der anrechenbaren Kosten berechnet, die nach Abzug allfälliger Beiträge von Dritten verbleiben. Der Beitragssatz beträgt:**

- a) 50 Prozent ~~der anrechenbaren Kosten von~~ **bei** strassenverkehrsbedingten Umweltschutzmassnahmen;
- b) 65 Prozent ~~der anrechenbaren Kosten von~~ **bei** Fuss-, Wander- und Radwegen **Velowegen**;
- c) höchstens 75 Prozent ~~der anrechenbaren Kosten~~ bei Naturereignissen.

² Die Regierung kann den Beitragssatz für strassenverkehrsbedingte Umweltschutzmassnahmen bei Schutzobjekten von überregionaler Bedeutung erhöhen.

Art. 100 Grundsätze

¹ Der Bestand von Strassen und die Sicherheit ihrer **Benützerinnen und** Benützer dürfen nicht beeinträchtigt werden.

² Unzulässig sind insbesondere Beeinträchtigungen durch:

- a) Bauten und Anlagen;
- b) Pflanzen;
- c) Einfriedungen.

Art. 102^{bis} b) Baulinien

¹ Erlass und Rechtswirkungen der Baulinien richten sich nach dem Planungs- und Baugesetz vom 5. Juli 2016¹⁷.

² Die zuständige Stelle des Kantons erlässt Baulinienpläne für Kantonsstrassen. Die Vorschriften des Planungs- und Baugesetzes vom 5. Juli 2016¹⁸ über den Sondernutzungsplan werden sachgemäss angewendet.

³ Für An- und Nebenbauten sowie Anlagen innerhalb der Baulinien kann die zuständige Behörde Ausnahmen bewilligen, wenn keine öffentlichen Interessen entgegenstehen. Sie kann **die Bewilligungsnehmerin oder** den Bewilligungsnehmer verpflichten, An- und Nebenbauten sowie Anlagen auf Verlangen entschädigungslos zu entfernen, und meldet in diesem Fall die Bewilligung als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung zur Anmerkung im Grundbuch an.

Art. 127^{ter} (neu) Übergangsbestimmung des VIII. Nachtrags vom ●●

¹ **Die politische Gemeinde erstellt die Pläne für die Velowegnetze nach Art. 5 Abs. 1 Bst. a des Bundesgesetzes über Velowege vom 18. März 2022¹⁹ bis am 31. Dezember 2027 und setzt sie bis am 31. Dezember 2042 um. Vorbehalten bleibt eine allfällige Verlängerung der Frist durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation.²⁰**

² **Die bisherigen Fuss-, Wander- und Radwege von regionaler Bedeutung gelten bis zur Anpassung an das neue Recht als entsprechende Fuss-, Wander- und Velowege von kantonaler Bedeutung.**

¹⁷ sGS 732.1.

¹⁸ sGS 731.1.

¹⁹ SR 705.

²⁰ Art. 19 Abs. 2 des Bundesgesetzes über Velowege vom 18. März 2022, SR 705.

II.

Der Erlass «Planungs- und Baugesetz vom 5. Juli 2016»²¹ wird wie folgt geändert:

Art. 6 a) *Erlass und Wirkung*

¹ Die politische Gemeinde erlässt den kommunalen Richtplan nach Anhörung der zuständigen kantonalen Stelle.

² Sie übermittelt ihn der zuständigen kantonalen Stelle zur Kenntnisnahme.

³ Der kommunale Richtplan ist für den Rat sowie die ihm nachgeordneten Kommissionen und Verwaltungsstellen wegleitend.

⁴ **Die vorgesehenen Fuss-, Wander- und Velowegnetze sind für die Behörden verbindlich.**

III.

[keine Aufhebung anderer Erlasse]

IV.

1. Die Regierung bestimmt den Vollzugsbeginn dieses Nachtrags.

2. Dieser Nachtrag untersteht dem fakultativen Gesetzesreferendum.²²

Der Präsident des Kantonsrates:
Walter Freund

Der Generalsekretär des Kantonsrates:
Lukas Schmucki

²¹ sGS 731.1.

²² Art. 5 RIG, sGS 125.1.